

Presseinformation

30/10

Kiel, 10. Feb. 2010

Jannine Menger-Hamilton

Pressesprecherin

DIE LINKE Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 9 88 16 02

Telefax: 0431 / 9 88 16 18

Mobil: 0160 / 90 55 65 09

jannine.menger-
hamilton@linke.ltsh.de

www.linksfraktion-sh.de

DIE LINKE legt Klage gegen die Wahlfeststellung beim Landesverfassungsgericht ein

Kiel. DIE LINKE bekräftigt ihre Kritik am bisherigen Wahl- und Wahlprüfungsverfahren und reicht deshalb heute Klage vor dem Landesverfassungsgericht ein. Sowohl bei der Sitzverteilung als auch bei den Prüfverfahren seien Wählerwille und Wählerrecht ignoriert worden. Es sei nach wie vor ein Schildbürgerstreich, dass CDU und FDP trotz der Minderheit der Wählerstimmen eine Mehrheit im Parlament bilden. „Es gehören schon eine gehörige Portion Ignoranz und ein merkwürdiges Demokratieverständnis dazu, unter diesen Umständen regieren zu wollen“, sagte Heinz-Werner Jezewski, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Schleswig-Holsteinischen Landtag. „Das ganze Verfahren ist undurchsichtig und absurd. Deshalb klagen wir vor dem Landesverfassungsgericht.“

Neben diesem Widerspruch kritisiert DIE LINKE auch die formalen Fehler des Prüfungsverfahrens durch den Landtag. Hintergrund der Kritik war, dass weder der Innen- und Rechtsausschuss noch der Landtag selbst die Einsprüche gegen die Wahl eingehend geprüft hatten. Beide Instanzen hätten sich allein auf den Prüfbericht der Landeswahlleiterin verlassen. „Die Landeswahlleiterin hat die Einsprüche gegen ihre eigenen Entscheidungen geprüft. Das ist doch offensichtlich ein mehr als fragwürdiges Verfahren“, sagte Jezewski weiter. „Die Beschwerdeführerinnen haben ein Anrecht darauf, dass der Landtag sich mit ihren Argumenten befasst.“

Solche handwerklichen Fehler seien nur mit der Angst der Regierungsparteien vor dem Verlust ihrer Scheinmehrheit zu erklären. DIE LINKE rechnet mit einer Rücküberweisung des Wahlprüfungsverfahrens durch das Landesverfassungsgericht an den Landtag, mit klaren Vorgaben, wie diese Prüfung durchzuführen sei.

„Durch das sechste Mandat nach der Neuauszählung haben wir das Stück Kuchen bekommen, das wir schon im September bezahlt hatten. Die Bäckerei aber betreiben weiterhin CDU und FDP, obwohl die Wählerinnen und Wähler dies anders entschieden haben“, sagte Jezewski weiter.

Nachdem auch der Fraktionsvorsitzende der FDP Wolfgang Kubicki die CDU als natürlichen Gegner der FDP ausgemacht hat, sollte Ministerpräsident Carstensen so konsequent sein und nach einer von allen Fraktionen getragenen Änderung des Wahlgesetzes das Handtuch werfen.